

Appenzell, 24. November 2012



„Die Sozialdemokratische Partei fordert den Bundesrat auf, sich für die Schaffung eines Menschenrechts auf Arbeit in der eigenen Heimat einzusetzen.“

Mit dieser Resolution will die SP AI ihren Antrag vom 10. Juni 2012 zum SP-Migrationspapier konkretisieren und ihm politisches Gewicht verleihen. An der Parteiversammlung der SP AI vom 24. November 2012 und an der Delegiertenversammlung der SP Schweiz vom 1. Dezember 2012 wurde diese Resolution deutlich angenommen und am 11. März der SP-Fraktion im Bundesparlament zur Weiterbearbeitung überreicht.

Begründung

«Steine der Heimat sind weicher als Watte im Ausland.» Dieses Sprichwort aus dem Kosovo, einem Land im Schatten der Welt, zeigt auf, dass viele MigrantInnen nicht aus freiem Willen auswandern. Gründe wie Armut und Arbeitslosigkeit führen häufig zu Perspektivenlosigkeit. Je grösser die Kluft zwischen armen und reichen Staaten ist, umso stärker sind in den benachteiligten Gebieten die Migrationsbedürfnisse.

Im Jahre 2011 hat das Meinungsforschungsinstitut Gallup¹ in einer Studie erhoben, dass weltweit drei Milliarden Erwerbstätige einen anständigen Job wollen. Dem gegenüber steht ein globales Angebot von 1,2 Milliarden Arbeitsstellen. Rund 25 Millionen Menschen im EU-Raum sind arbeitslos. Bei den Jugendlichen ist die Situation besonders Besorgnis erregend. Jeder fünfte erwerbsfähige junge Mensch unter 25 Jahren ist ohne bezahlte Arbeit. In Ländern im Schatten Europas steigt die Jugendarbeitslosigkeit gegen 50 Prozent. Gemäss aktuellen Zahlen der Internationalen Arbeitsorganisation (ILO)² sind die Zahlen weltweit steigend. Es ist empörend, wie mit den menschlichen Ressourcen der Zukunft umgegangen wird. Die berufliche Zukunftsperspektive vieler Jugendlicher wird zerstört, bevor sie überhaupt je eine Chance hatten, sich zu bewähren.

Die Sozialdemokratische Partei des Kantons Appenzell Innerrhoden (SP AI) fordert Politik und Wirtschaft zum Handeln auf. Wenn sie arme Regionen ausbeuten, indem sie ihnen beispielsweise steuerfrei Rohstoffe entziehen, durch Steuervermeidungspraktiken Gelder stehlen, Arbeitskräfte zu unfairen und unmenschlichen Bedingungen anstellen und wirtschaftliche Fehlanreize in den schon hoch entwickelten Staaten schaffen, rauben sie armen Ländern die Chance auf Entwicklung und vergrössern die Ungleichheit zwischen Gesellschaften.

¹ Tages Anzeiger, 10.04.2012, S.9: «Der real existierende Kapitalismus» (Philipp Löpfe)

² NZZ, 22.05.2012, S.23: «Ohne Arbeit und Perspektive» (Richard Bauer)

<http://www.nzz.ch/aktuell/wirtschaft/wirtschaftsnachrichten/ohne-arbeit-und-perspektive-1.16974425>



Die SP AI ist überzeugt, dass es keine Arbeitslosigkeit gibt, wenn die politischen und wirtschaftlichen Entscheidungsträger diese nicht wollen. Deshalb setzt sie sich ein, dass weltweit Voraussetzungen für Arbeitsplätze und faire Arbeitsbedingungen eingefordert und geschaffen werden.

Ein Menschenrecht auf Arbeit³ existiert bereits. Mit der Schaffung **eines Menschenrechts auf Arbeit in der eigenen Heimat** steigen Chancen und Verbindlichkeiten für eine Existenzgrundlage der Menschen im eigenen Land. Dies trägt zur Verkleinerung des Gefälles zwischen reichen und armen Staaten bei, wodurch Wanderbewegungen auf der Suche nach Perspektiven abnehmen.

Diese Resolution unterstützt eine ganzheitliche Sichtweise in der Migrationspolitik und verleiht einer Politik des Ausgleichs wie auch der Umverteilung von oben nach unten Gewicht.

Appenzell, 24. November 2012

Sozialdemokratische Partei Kanton Appenzell Innerrhoden (SP AI)

³ UNO-Resolution 217A (III), 10.12.1948, Artikel 23
<http://www.un.org/depts/german/grunddok/ar217a3.html>